

N i e d e r s c h r i f t

**der 18. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 21.09.2006**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal
Marktplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:30 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Wolfgang Kupke	CDU
Herr Hans-Jürgen Schiller	Die Linkspartei. PDS
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	Die Linkspartei. PDS
Herr Dr. Mohamed Yousif	Die Linkspartei. PDS
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD
Herr Michael Zeidler	SPD
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Heinz Maluch	GRAUE
Frau Marion Krischok	SKE
Herr Dr. Carl-Ernst Rürup	SKE

Entschuldigt fehlen:

Herr Oliver Christoph Klaus	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	vertreten durch Herrn Harald Bartl
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger	vertreten durch Frau Thea Ilse
Herr Dr. Christian Fiedler	SKE	
Herr Lutz Sacher	SKE	
Herr Thomas Wünsch	SKE	
Frau Sabine Däschler	SKE	
Herr Andreas Nowotny	SKE	

Verwaltung:

Herr Eberhard Doege	
Frau Regina Fehse	
Frau Uta Balleyer	
Herr Dr. Ernst Müllers	
Frau Rita Lachky	vertreten durch Herrn Fred Schade
Herr Wolfgang Hans	vertreten durch Herrn Arne Sicks

Gäste:

Frau Franz	FB Umwelt zu TOP 4.1
Herr Wagner	FB Tiefbau zu TOP 5.1

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.07.2006
4. Vorlagen
 - 4.1. Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/05974
 - 4.2. Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/05976
5. Anträge
 - 5.1. Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Bau der Lärmschutzmaßnahme im Gewerbegebiet Halle-Ost
Vorlage: IV/2006/05541
 - 5.1.1 Änderungsantrag zum Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Bau der Lärmschutzmaßnahme im Gewerbegebiet Halle-Ost
(Vorlage-Nr.: IV/2006/05541)
Vorlage: IV/2006/06044
6. Informationen
 - 6.1. Bericht über die Umsetzung des neuen Zuwanderungsgesetzes
7. Anfragen
8. Beantwortung von Anfragen
9. Anregungen
10. Mitteilungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Vorsitzende des Ausschusses, **Herr Wehrich**, eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Doege informierte, dass zum TOP: Informationen noch der TOP: 6.2 - Rauchmelder retten Leben - dazu kommt. Herr Sicks wird darüber informieren.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Protokoll:

Nachfolgender Tagesordnung wurde einstimmig zugestimmt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.07.2006
4. Vorlagen
- 4.1. Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/05974
- 4.2. Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/05976
5. Anträge
- 5.1. Antrag der Stadträte Wolff/Schuh – Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE – zum Bau der Lärmschutzmaßnahme im Gewerbegebiet Halle-Ost und Ergänzungsantrag
Vorlage: IV/2006/05541
- 5.1.1 Änderungsantrag zum Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Bau der Lärmschutzmaßnahme im Gewerbegebiet Halle-Ost (Vorlage-Nr.: IV/2006/05541)
Vorlage: IV/2006/06044
6. Informationen
- 6.1. Bericht über die Umsetzung des neuen Zuwanderungsgesetzes
- 6.2. Rauchmelder retten Leben
7. Anfragen
8. Beantwortung von Anfragen
9. Anregungen
10. Mitteilungen

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.07.2006**

Protokoll:

Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

zu 4 **Vorlagen**

zu 4.1 **Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle (Saale)** **Vorlage: IV/2006/05974**

Protokoll:

Herr Doege gab eine kurze Einführung und erwähnte, dass eine grundsätzliche Überarbeitung vorgenommen werden musste. Aufgrund eines vom Landesverwaltungsamt angestrebten Beanstandungsverfahrens waren formelle und inhaltliche Änderungen in der neuen Abfallwirtschaftssatzung (AbfWS) notwendig. Die Vorgaben des Landesverwaltungsamtes sind berücksichtigt worden.

Eine Anpassung an verschiedenen Stellen der Satzung erfolgte auf Grund von geänderten Gesetzen (z. B. Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz, Elektro- und Elektronikgerätegesetz). So wurde auch die neue Begriffsdefinition „gefährliche Abfälle“ im Satzungsentwurf bereits eingearbeitet. Der Leistungsumfang im Bereich der öffentlichen Abfallentsorgung bleibt für die Bürger der Stadt Halle (Saale) aufgrund der vorgenommenen Änderungen unverändert.

**Der Abfallwirtschaftssatzung wurde mit 9 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
mehrheitlich zugestimmt.**

zu 4.2 **Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)** **Vorlage: IV/2006/05976**

Protokoll:

Herr Doege informierte, dass der letzte Kalkulationszeitraum für die Abfallgebühren 2005/2006 war. Deshalb mussten die Abfallgebühren ab 2007 neu kalkuliert werden. Der neue Kalkulationszeitraum erstreckt sich über die Jahre 2007/2008.

Frau Balleyer ergänzte, dass eine besondere Beachtung der Erhöhung der Mehrwertsteuer ab 1.1.2007 galt. Zugleich war die erzielte Überdeckung aus Mehreinnahmen aus den Vorjahren zu verrechnen.

Gemäß „Vertrag über die Behandlung von überlassungspflichtigen Abfällen“ zwischen der Stadt Halle (Saale) und der RAB Halle GmbH fallen Behandlungskosten in Höhe von 114,32 €/t (netto) für die Beseitigung des Restmülls, des Sperrmülls und der anderen überlassungspflichtigen Abfälle an.

Die 660-Liter-Behälter werden seit 2006 nicht mehr vorgehalten, daher entfällt eine Gebühr für diese Behältergröße.

Der Gebührentarif war zu erweitern um zwei Punkte:

- eine Gebühr für die Anlieferung von Abfällen zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen und
- eine Gebühr für die Selbstanlieferung von Bau- und Abbruchabfällen aus privaten Haushaltungen

An der Diskussion, an der sich **Herr Dr. Rürup, Herr Zeidler, Herr Doege, Frau Franz und Frau Balleyer** beteiligten, wurden Fragen zur Mehrwertsteuer, Behältergrößen, Entsorgungsrhythmen, Entsorgung von Wurzelholz, Personengebühr sowie Vergleiche zwischen der Gebühr für Biotonne und Restmülltonne erläutert und beantwortet.

Herr Dr. Yousif fragte nach, ob Vergleiche mit anderen Städten angestellt wurden. **Frau Balleyer** antwortete, dass dies nicht möglich sei, da die anderen Städte unterschiedliche Entsorgungssysteme, -rhythmen, Betriebsformen, Abfallbehandlungsaufwendungen u. ä. aufweisen. Deshalb sei auch ein Vergleich nicht zweckdienlich.

Frau Krischok fragte nach, ob wirklich nach § 5 (9) die Möglichkeit besteht, Abfallgebühren zu stunden und wie viele Gebührenschildner es gibt. **Frau Franz** antwortete, dass dies möglich sei und es in der Stadt ca. 20.000 Gebührenschildner gäbe.

Der Abfallgebührensatzung wurde mit 10 Ja-Stimmen

einstimmig zugestimmt.

zu 5 Anträge

**zu 5.1 Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Bau der Lärmschutzmaßnahme im Gewerbegebiet Halle-Ost
Vorlage: IV/2006/05541**

und

**zu 5.1.1 Änderungsantrag zum Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Bau der Lärmschutzmaßnahme im Gewerbegebiet Halle-Ost (Vorlage-Nr.: IV/2006/05541)
Vorlage: IV/2006/06044**

Protokoll:

Frau Wolff erläuterte noch einmal ihre Intention zum Ergänzungsantrag.

Im Verlauf der Sitzung gab es unterschiedliche Meinungen zur Errichtung einer Lärmschutzwand. So legten **Herr Dr. Fikentscher, Herr Bartl, Frau Wolff, Herr Schiller, Herr Zeidler** ihre Meinung zum Planfeststellungsbeschluss, Rechtsgrundlagen sowie einer eventuellen Umwidmung von Mischgebiet zum Wohngebiet dar.

Herr Wagner konnte hierzu keine Aussagen machen und betonte aber, dass es wichtig und abhängig davon sei, welche Vorzugsvariante gewählt werde.

Herr Doege wandte ein, dass eine mögliche Umwidmung nicht im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten liegt, sondern im Planungsausschuss. Dafür sprach sich auch **Herr Wehrich** aus.

Frau Wolff warf ein, dass, wenn die Stadt Straßen baut, sie sich auch um die Belange der Bürger kümmern muss.

Herr Bartl fragte, warum nicht eine erneute Prüfung stattfinden kann, ob es sich nun um ein Wohngebiet oder Mischgebiet handelt.

Herr Doege bat Herrn Wagner, diese Informationen an Herrn Dr. Pohlack heranzutragen und ihn zu bitten, bei Wiedervorlage dieses Antrages im Stadtrat darüber zu informieren, ob und wenn ja unter welchen Bedingungen eine Umwidmung vom Misch- zum Wohngebiet möglich wäre und welche Konsequenzen ein solcher Schritt nach sich ziehen würde.

Der Antrag sowie die Ergänzung zum Antrag wurden mit

3 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

mehrheitlich abgelehnt.

zu 6 Informationen

zu 6.1 Bericht über die Umsetzung des neuen Zuwanderungsgesetzes

Protokoll:

Herr Schade berichtete über die Umsetzung des neuen Zuwanderungsgesetzes. Zum Inhalt der Ausführungen wird auf den zur Ausschusssitzung übergebenen schriftlichen Bericht verwiesen.

Frau Ilse fragte nach, wer die Qualität der Integrationskurse überprüft. **Herr Schade** antwortete, dass es in Halle 20 Schulen gibt, an den die Integrationskurse durchgeführt werden. Die Qualitäten der Kurse kann nur das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge prüfen.

Herr Dr. Yousif übergab der Verwaltung Anfragen zur Umsetzung des neuen Zuwanderungsgesetzes mit der Bitte um Beantwortung. **Herr Doege** sagte eine Beantwortung zu.

Herr Wehrich informierte, dass er gehört habe, dass es immer noch lange Wartezeiten gibt.

Herr Schade informierte, dass morgens nach Ausgabe der Aufrufnummern ein Aushang gemacht wird, aus dem ersichtlich ist, wann welche Nummer voraussichtlich aufgerufen wird.

Herr Wehrich fragte nach, ob es vorkommt, dass man 10 Minuten nach Einlass keine Nummer mehr bekommt. **Herr Schade** erwiderte, dass es schon mal passieren kann. **Herr Doege** ergänzte, dass alles Mögliche versucht werde, dass keine langen Wartezeiten entstehen. Es ist aber der geplante Personalbestand noch nicht erreicht.

Herr Dr. Rürup fragte nach, ob der Zeitbedarf durch die maschinelle Erstellung nicht mehr so hoch sei. **Herr Doege** antwortete, dass sich der Prüfungsumfang erhöht habe und dass für jeden Bürger ca. 20 Minuten eingeplant werden müssen.

Herr Dr. Rürup hat erfahren, dass für manche Studenten die Möglichkeit bestünde, sich die umfassenden Antragsunterlagen (ca. 50 Seiten) aus dem Internet herunterzuladen. **Herr Schade** bestätigte dies und merkte an, dass es auch für die Studenten eine Erleichterung sei, da sie nicht den Weg zweimal in die Behörde machen müssen.

Herr Wehrich informierte, dass diese Thematik gemeinsam mit der Universität Halle noch einmal aufgegriffen werde. Es wird auch eine Vor-Ort-Begehung im Rahmen einer planmäßigen Ausschusssitzung in der Ausländerbehörde stattfinden.

zu 6.2. Informationen zu Rauchmelder retten Leben

Protokoll:

Herr Sicks informierte zur Thematik Rauchmelder, dass 40% aller Brände in Privathaushalten und in diesem Zusammenhang in unserer Stadt ca. 200 Rauchgasverletzte jährlich zu verzeichnen sind. Es sollten in allen Privathaushalten Rauchmelder vorhanden sein. Gute Geräte gibt es für wenig Geld u. a. in Baumärkten, es muss nur auf das GS-Zeichen geachtet werden. Diese Geräte werden mit Batterien betrieben und warnen selbsttätig, selbst bei zu schwacher Batterieleistung. Ein Rauchmelder im Flur wäre der Mindestschutz, besser ist es aber, wenn in allen Wohnräumen bzw. Etagen ein Rauchmelder vorhanden ist. Eine Vernetzung untereinander ist nicht notwendig, da Einzelgeräte laut genug sind und sie selbst bei laufenden Fernseh- und Radiogeräten zu hören sind. Auch in Normalraucherhaushalten sind diese geeignet.

In einigen Bundesländern wurden Rauchmelder bei der Bauordnungsnovellierung gesetzlich für Privathaushalte gefordert (auch Nachrüstung), in Sachsen-Anhalt aber nicht.

Es werden keine bestimmten Produkte beworben, nur der Sinn von Rauchmeldern generell hervorgehoben.

Es gibt einen Aktionsaufruf des Ministerium des Innern für Aktion: Rauchmelder retten Leben. Die Stadt Halle informiert bereits seit vielen Jahren diesbezüglich über solche u. a. Aktionen, z. B.:

- Tage der offenen Tür bei allen 12 Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Halle,
- Internetpräsentation www.feuerwehr-halle.de mit jährlich über 200.000 Zugriffen sowie
- die Brandschutzerziehung durch 1€-Jobber der FFw werde vor allem in Kindergärten und Schulen durchgeführt.

Jeder sollte im eigenen Verwandten- und Bekanntenkreis für solche Geräte werben, diese sind auch nützliche Geschenke zu bestimmten Anlässen.

Bei Fragen ist die Feuerwehr jederzeit gerne bereit, Auskunft unter Tel.: 0345/221–5230 oder – 5000 zu geben.

zu 7 **Anfragen**

Protokoll:

Herr Dr. Yousif erwähnte, dass sich Bürger zum Lärm in der Radeweller Str. und an der B6 beschwerten.

Herr Doege verwies auf die Sitzung im November, in der die Lärmkartierung behandelt werde und dort die Probleme angesprochen werden könnten.

Herr Dr. Yousif fragte nach, wer für den Weihnachtsmarkt die Sortimente festlegt. Der PDS-Fraktion liegt hierzu von Herrn Machazek eine Anfrage vor.

Herr Dr. Müllers antwortete, dass er in seinem Bereich dieses Anliegen des Händlers bekannt sei, er aber die Festlegungen nicht beeinflussen kann, da die Sortimente durch einen Beirat (IHK, Händlerbeirat, Dehoga und der FB Allgemeine Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit, Team Marktwesen) festgelegt werden. Der Beirat entscheidet nur über die Zulassung zum Weihnachtsmarkt. Die Stadt setzt lediglich die Zulassungskriterien, die auch Bestandteil der jährlichen Ausschreibung sind, fest.

zu 8 **Beantwortung von Anfragen**

Protokoll:

Herr Dr. Fikentscher nahm die Beantwortung zur Errichtung von Taxiständen zur Kenntnis und bemängelte, dass keine Aussagen zum Standort Universitätsring getroffen wurden. **Herr Doege** sagte eine erneute Prüfung und Beantwortung durch die Verwaltung zu.

zu 9 **Anregungen**

Protokoll:

Es gab keine Anregungen.

zu 10 **Mitteilungen**

Protokoll:

Herr Doege teilte mit, dass die Sitzung im November vom 16.11.2006 auf den 23.11.2006 verschoben werden muss.

Weiterhin wurde darüber informiert, dass es bei den neuen Sitzungsterminen für das Jahr 2007 eine Terminverschiebung geben wird. Der Ausschuss am 19.7.2007 muss auf den 5.7.2007 vorverlegt werden.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Dietmar Wehrich
Ausschussvorsitzender

Eberhard Doege
Beigeordneter

Regina Fehse
Protokollantin